

Umstrukturierung der
Geschäftsführung

Seite 1

Plakatspendenshop

Seite 2

Warum wir in den
Landtag wollen

Seite 3

Pazderski als Geschäftsführer bestätigt – Hansel wird sein Stellvertreter

Die Interimsphase in der Bundesgeschäftsstelle nähert sich mit großen Schritten ihrem Ende: Am vergangenen Dienstag wählte der Bundesvorstand aus den zahlreichen Bewerbungen Georg Pazderski als Bundesgeschäftsführer aus. Frank-Christian Hansel wurde zu seinem Stellvertreter bestimmt. Beide treten ihre neue Positionen zum 1. Oktober 2014 an. Vorausgegangen war eine mehrwöchi-

ge bundesweite Ausschreibung unter der Leitung des Bundesschatzmeisters und des Berliner Landessprechers. Ziel der Umstrukturierung der Bundesgeschäftsstelle ist es, die Arbeitsstrukturen zu straffen und dadurch zu optimieren, den Informationsfluss in die Partei und nach außen zu verbessern und die Koordinationsfähigkeit zu erhöhen. *cl*



Georg Pazderski



Frank-C. Hansel

Sachsen, Brandenburg und Thüringen unterstützen – der AfD bundesweit helfen

Liebe Parteifreunde,

am 31. August 2014 findet die Landtagswahl in Sachsen statt. Es folgen die Landtagswahlen in Brandenburg und Thüringen am 14. September 2014. Die Umfragen für die AfD sind in allen drei Ländern gut. Der Wahlkampf läuft auf vollen Touren.

Aber für die AfD geht es nicht nur um Landespolitik. Der Wahlerfolg in Dresden, Potsdam und Erfurt ist eine Sache der ganzen Partei. Mit dem Einzug in die drei Landtage können wir zeigen, dass wir nicht nur hohe Kompetenz bei den Themen Euro und Europa haben, sondern auch in

der Bildungs- und der Familienpolitik, bei der Kriminalitätsbekämpfung oder bei der Unterstützung des Mittelstands und der Förderung des ländlichen Raums die richtigen Antworten haben. Wir gewinnen an Schlagkraft, können leichter neue Mitglieder werben und sparen uns künftig die aufwendigen Unterschriftensammlungen, um zu einer Wahl zugelassen zu werden.

Deshalb bitte ich Sie alle, die AfD-Geldbombe Sachsen, Brandenburg, Thüringen mit ihrer Spende zu unterstützen. Wir werden die Geldbombe auf der Website der AfD **vom 15. August 06:00 Uhr bis zum**

18. August 2014 24:00 Uhr zünden. Jeder Betrag hilft! Werben Sie auch bei Ihren Freunden und Verwandten, Kollegen und Vereinskameraden für die AfD-Geldbombe. Helfen Sie mit, dass der Erfolg der AfD an beiden Wahlabenden das beherrschende Gesprächsthema wird.

Ihr

Bernd Lucke

Plakatspenden-Shop in der Schlussphase



Alexander Gauland,
Spitzenkandidat Brandenburg

Frauke Petry,
Spitzenkandidatin Sachsen

Björn Höcke,
Spitzenkandidat Thüringen

Mit mehr als 200 Bestellungen ist der Plakatspenden-Shop zur Landtagswahl für Sachsen (Wahl am 31. August 2014) bereits erfolgreich abgeschlossen worden. Die Parteifreunde in Brandenburg und Thüringen (Wahl am 14. September 2014) können Sie aber noch bis zum 17. August 2014

mit Plakatspenden unterstützen. Der Link www.alternativefuer.de/plakatspenden/ sagt Ihnen, was genau Sie tun müssen, wenn Sie die Botschaften der AfD im Landtagswahlkampf am Ort Ihrer Wahl gut sichtbar platzieren wollen. Ihre Plakatspende hilft aber nicht nur den

Parteifreunden vor Ort, einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen, Sie können Ihren Beitrag zum Wahlkampf auch von der Steuer absetzen. Nutzen Sie die letzten Tage, in denen Plakatspenden noch möglich sind.

Schutz gegen rufschädigende Meinungsäußerungen

Da wir in der AfD auf allen Ebenen immer wieder mit kritischer bis rufschädigender Berichterstattung umgehen müssen, haben wir nachfolgend einen kurzen, klärenden Beitrag ausgewählt:



Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Dem entsprechend genießen **Werturteile** nach der Rechtsprechung besonders weitreichenden Schutz. Im Interesse freier Rede ist

selbst scharfe und überspitzte Kritik grundsätzlich zulässig, insbesondere wo es um die Öffentlichkeit besonders berührende Fragen geht.

Allerdings unterliegt auch die freie Meinungsäußerung Einschränkungen durch den Schutz der Ehre und des guten Rufs. Die Grenzen sind vor allem in Fällen der so genannten **Schmähdikritik** und bei glatten **Beleidigungen** überschritten. Wenn also bei einer Äußerung nicht mehr die Auseinandersetzung in der Sache, sondern die Diffamierungsabsicht im Vordergrund steht, muss dies nicht hingenommen werden. Entscheiden-

des Abgrenzungskriterium zwischen noch zulässiger Kritik und unzulässiger Schmähdikritik ist somit, ob die fragliche Meinungsäußerung Sachbezug zu einem ihr zugrundeliegenden Vorgang aufweist oder nicht.

Die Gerichte sind bei der Annahme einer verbotenen Schmähdikritik gerade im Bereich der Wirtschaftsberichterstattung und Produktkritik tendenziell zurückhaltend. Beispielsweise hielt der Bundesgerichtshof die schlagwortartige Bezeichnung von Milchprodukten als „Gen-Milch“ durch einen Umweltschutzverband für eine zulässige Meinungsäußerung, obwohl die Milch selbst nicht gentechnisch verändert war, sondern lediglich von Kühen stammte, die auch gentechnisch verändertes Futter erhielten. Auch die Bezeichnung von Kreditvermittlern als „Kredithaie“ wurde nicht beanstandet.

Als unzulässige Schmähdikritik beziehungsweise Beleidigung hat die Rechtsprechung hingegen unter anderem die Bezeichnung eines Geschäftsführers als „Drecksau“ oder eines Arbeitgebers als „Halsabschneider“ angesehen.

Liegt eine rufschädigende Schmähdikritik vor, kommen zum einen zivilrechtliche Ansprüche auf Unterlassung und Schadensersatz gemäß § 823 BGB wegen Verletzung des Unternehmenspersönlichkeitsrechts in Frage. Schutz vor herabsetzenden Äußerungen durch Wettbewerber, etwa in der Werbung, bietet daneben § 4 Nr. 7 UWG. Zum anderen kann der Straftatbestand der Beleidigung (§ 185 StGB) erfüllt sein. Die Tat wird auf Antrag verfolgt und mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr bestraft.

Quelle: pressesprecher.com



Alexander Gauland, Brandenburg

Warum wir in die Landtage wollen

Die Alternative für Deutschland, so ist immer wieder zu hören, ist die Partei gegen den Euro, also eine klassische Ein-

Themen-Partei. Und da die Länder in dieser Frage wenig mitzubestimmen haben, fragen manche nach dem Sinn einer Teilnahme der AfD an Landtagswahlen. Wer so fragt, hat Sinn und Zweck dieser neuen Partei noch nicht verstanden. Denn schließlich ist der Euro nur Schlußstein und Symbol einer angeblich alternativlosen Politik. Doch was im Euro ganz besonders deutlich wird, hat längst die ganze Gesellschaft erfaßt.

Die AfD, so Bernd Lucke, ist die Partei des gesunden Menschenverstandes. Und der ist eben nicht nur beim Euro von ideologischen Zwangsvorstellungen verdrängt worden. Statt in einem ausdifferenzierten Schulsystem unterschiedliche Begabungen zu fördern, dient das Gesamtschulsystem

der gesellschaftlichen Gleichmacherei – es soll nur keiner schneller wachsen als der andere, weil Ungleichheit für Ideologen ein größeres Übel ist als mangelnde Leistungsbereitschaft wegen Unterforderung. Und daß Förderschulen in ihrer Ausstattung besser zur Bildung von Behinderten taugen als Regelschulen, wird unter dem Zauberwort der Inklusion begraben und als Menschenrechtsverletzung angeprangert.

Noch immer glauben manche, die Probleme der Demographie mit multikultureller Einwanderung lösen zu können. Sterben die Deutschen mangels Kindern aus, entsteht Platz für die Ärmsten der Armen, die zwar auf diese Gesellschaft kulturell nicht vorbereitet sind – aber was macht das schon? Und während die französischen Sozialisten die Drei-Kind-Familie propagieren, schwindelt uns schon bei dem Gedanken an Bevölkerungspolitik. Schließlich haben die Nazis das Wort auch in den Mund genommen.

Das gesellschaftliche Gleichgewicht hat sich in den vergangenen Jahren immer stärker in die Richtung indi-

viduelle Emanzipation verschoben, wobei Schutz und Wohl der Allgemeinheit in den Hintergrund getreten sind. Der Staat hat an der Fähigkeit, Sicherheit und Ordnung zu garantieren, eingebüßt und dafür immer neue Aufgaben einer ideologisierten Verteilungsgerechtigkeit übernommen. Er ist zugleich fett und schwach geworden. Er versucht, Loyalitäten zu kaufen, weil er in einem Klima des laissez faire seinen originären Auftrag nicht mehr zu erfüllen vermag.

Die AfD möchte das gesellschaftliche Gleichgewicht wieder herstellen und die in der Folge der 68er eingetretene Ideologisierung aller Lebensverhältnisse zurückdrängen. Dafür muß sie auf allen politischen Ebenen des föderalen Staates präsent sein. Denn der Irrsinn des Euro ist überall gegenwärtig, in einer falschen Einwanderung genauso wie in der Zerstörung klassischer Bildungsinhalte, der doppelten Staatsbürgerschaft und einer ideologisierten Verspargelung der Landschaft durch Windräder. Der deutsche Nationalstaat kann sich auf vielerlei Weise abschaffen – nicht nur in einem europäischen Superstaat.

Festung Landtag stürmen! – Ein Bericht aus Sachsen

Der Landtagswahlkampf in Sachsen geht in seine heiße Phase. Eingeläutet wurde diese am 6. August mit der Radtour „Wir strampeln uns für Sie ab!“ von Pirna über Dresden nach Meißen, an der zahlreiche Kandidaten und insgesamt rund 40 Radfahrer teilnahmen. Frauke Petry sagte bei der Abschlusskundgebung: „Wir haben uns heute angestrengt und werden uns auch weiterhin für die Sachsen abstrampeln – wenn auch im übertragenen Sinne!“

Und damit geht es jetzt weiter: Nächster Höhepunkt ist die Ostseetour,



bei der Frauke Petry mit mehreren mobilen Infoständen um die Stimmen sächsischer Ostsee-Touristen werben wird. Es werden zahlreiche Rednerveranstaltungen, unter anderem auch

mit unseren Abgeordneten im Parlament der Europäischen Union, durchgeführt. Insgesamt werden in Sachsen 60.000 Plakate aufgehängt. Wir werden über 2 Millionen Faltposter verteilen, mit denen wir jeden sächsischen Haushalt mindestens einmal erreichen werden. Hinzu kommen über 200.000 Wahlkampfzeitungen und je Direktkandidat weitere 10.000 individualisierte Faltposter. Den Abschluss bildet unsere Wahlparty am 31. August im Festungsrestaurant Dresden, unweit des Sächsischen Landtages. Genau diese Festung wollen wir stürmen. *ju*

Bericht aus der Bundesgeschäftsstelle

Nach dem großen Erfolg im Europawahlkampf wurden Ressourcen frei, um sich anderen Baustellen zu widmen. Insbesondere der Bereich Schulung muss ausgebaut werden. Natürlich vereint die AfD viele Menschen mit großem Expertenwissen in den unterschiedlichsten Bereichen. Aber es besteht trotzdem großer Schulungsbedarf in Bereichen wie Öffentlichkeitsarbeit oder Programmatik. Das bayerische Bundesvorstandsmitglied Verena Brüdigam hat sich dankenswerter Weise dieser Aufgabe angenommen. Zusammen mit den baye-

rischen Mitgliedern Tilman Matheja und Christoph Noack hat sie bereits erste Schulungen durchgeführt. Am Freitag, den 1. August, wurden nun in der Bundesgeschäftsstelle die sächsischen und thüringischen Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen von einer professionellen Medienberaterin in Interviewtechniken geschult. Schwerpunkte waren Kamera- und Radiointerviews. Nach Meinung der Teilnehmer war das praxisorientierte Training sehr nützlich und konnte sie gut auf zukünftige Interviewsituationen vorbereiten. *tz*

Der neue AfD-Werbemittelshop

Die Bundesgeschäftsstelle baut aktuell den sogenannten „Glühbirnenshop“ strategisch zum AfD-Werbemittelshop um. Rechtzeitig zu den Landtagswahlkämpfen ist der erste Schritt jetzt abgeschlossen worden. Unsere Mitglieder und Unterstützer können nun neben T-Shirts und Polohemden auch klassische Werbemittel und Streuartikel wie Pins, Luftballons oder Kugelschreiber usw. käuflich erwerben. Natürlich erhalten Sie auch weiterhin die guten alten Glühbirnen in verschiedenen Varianten.

Die komplette Neustrukturierung soll nach Möglichkeit bis zum Jahresende abgeschlossen sein. Der Shop soll hinsichtlich der Artikel zum

einen Einzelpersonen wie Mitglieder und Sympathisanten der AfD, aber auch Gliederungen und Verbände der Partei ansprechen und mit den nötigen Materialien versorgen. Bei der Auswahl und Zusammenstellung der Artikel sind entsprechende Überlegungen zu berücksichtigen und passende Produzenten manchmal auch erst noch zu finden. Dies braucht verständlicherweise seine Zeit. Gerne nehmen wir aber Anregungen zu neuen Artikeln und geeigneten Produzenten entgegen. *pr*

Weitere Informationen unter: <http://www.mir-geht-ein-licht-auf.de>

Impressum & Kontakt.

V.i.S.d.P.: Christian Lüth

Alternative für Deutschland
Bundesgeschäftsstelle
Schillstraße 9
10785 Berlin

Sie erreichen uns telefonisch von Montag bis Freitag jeweils von 9 bis 17 Uhr unter (030) 265 583 7-0 bzw. per E-Mail unter bundesgeschaeftsstelle@alternatiefuer.de

Spendenkonto

IBAN: DE 16518500790027115551
BIC: HELADEF1FRI
Sparkasse Oberhessen
Betreff: Spende

